



Dokumentation

Kölner Arbeitgebertag
21. November 2007





Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch der Kölner Arbeitgebertag 2007 erwies sich für die mehr als 300 Teilnehmer als Magnet. Die Themen waren aktuell und von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung. Ihre Vielfalt reichte vom intensiven Blick auf Innovationen, Wissenschaft, Forschung und Technologie über die Grenzen hinweg nach Europa und die zunehmende Bedeutung der Europäischen Union für jeden einzelnen Europäer.

Der große Schwerpunkt war die demografische Entwicklung. Sie hat weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft, so auch für die Arbeitswelt. Die Einführung der Rente mit 67 und die Verbesserung der privaten Altersvorsorge sind erste Reaktionen hierauf. Aber das Spektrum der Herausforderungen ist wesentlich größer. Dies wurde auf dem Kölner Arbeitgebertag in einer illustren Diskussionsrunde aus Vertretern der Politik, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Versicherungsbranche und der Wissenschaft eingehend erörtert.

An dieser Stelle möchte ich den Sponsoren des Kölner Arbeitgebertages 2007 meinen herzlichen Dank aussprechen. Ihr Engagement bildet die Grundlage unserer Veranstaltung. Mein besonderer Dank gilt dabei der HDI-Gerling Lebensversicherung AG, die zum Gelingen des Kölner Arbeitgebertages maßgeblich beigetragen hat.

Ich darf Sie sehr herzlich auch zum Kölner Arbeitgebertag 2008 einladen, der am 19. November stattfinden wird. Ich freue mich schon heute, Sie dort begrüßen zu können.

Ihr
Michael Jäger

Zitate

Michael Jäger,
Vorsitzender ARBEITGEBER KÖLN



Unverändert ist eine dauerhafte Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Hierzu hat sich die Bundesregierung eindeutig bekannt. Leider weisen die aktuellen Zahlen in eine andere Richtung.

Die Gesundheitsreform muss daher dringend um weitere Strukturmaßnahmen ergänzt werden, die neben einer Abkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten auch für einen weiteren Ausbau des Wettbewerbs sorgen. Nur wenn es gelingt, die Finanzierung des Gesundheitswesens vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln, wird dauerhaft die überfällige Senkung der Arbeitskosten möglich werden. Hierfür reicht der geplante Ausbau des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Weitem nicht aus.

Viele Menschen in unserem Land haben von der großen Koalition gleich zu Beginn der Legislaturperiode auch Großes erwartet. Blockaden sollten gelöst, längst überfällige Reformen in einem breiten Konsens grundlegend angegangen werden. Ich hoffe, dass es der Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren insgesamt gelingen wird, mit ihrer Politik alles zu tun, um Wachstum und Beschäftigung mit aller Kraft zu fördern.“

„Die Bundeskanzlerin hatte zu Beginn der Legislaturperiode die Politik der kleinen Schritte ausgerufen. Die Wirtschaftsweisen haben Recht, wenn sie in ihrem Jahresgutachten 2007/2008 feststellen, dass auch eine Politik der kleineren Schritte eine gute Politik sein kann, vorausgesetzt, die Schritte gehen in die gleiche Richtung und folgen einer Konzeption. Diese klare Konzeption lässt das aktuelle Regierungshandeln leider vermissen.

Wir Arbeitgeber wissen um die Herausforderungen des demografischen Wandels, der allen – Beschäftigten und Unternehmen gleichermaßen – neue Antworten abverlangt. Ein Rückfall in die falsche Politik früherer Jahre schafft lediglich Fehlanreize für Frühverrentungen.

Hans Peter Lindlar,
Regierungspräsident,
Bezirksregierung Köln



„Die Fragen des demografischen Wandels werden uns in der Zukunft sehr umtreiben. Die Kölner Region und der Regierungspräsident richten den Blick nicht nur nach innen, sondern auch auf unsere Nachbarn, und man kann ohne übertriebenes Eigenlob feststellen, dass wir sicherlich eine der dynamischsten Regionen im westlichen Europa sind. Wissenschaft und Innovation schreiben wir in der Region Köln besonders groß.“

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung in der Region sind wir nicht schlecht aufgestellt. Die Demografen haben festgestellt, dass die Region bis 2040 weiter wachsen wird. Wir werden aber älter, weniger und bunter. Das alles verlangt, dass wir uns heute mit diesen Problemen hinreichend beschäftigen.

Weniger junge Menschen bedeutet natürlich auch ein stärkeres Auseinanderklaffen von Wohnort und Arbeitsort und den Stäten der beruflichen Bildung. Gerade in den ländlichen Bereichen dürfen die Wege nicht zu groß werden zu den Berufskollegs. Denn es geht auch um Wirtschaftlichkeit für die ausbildenden Unternehmen.“

Dr. Hans Löffler,
Vorstandsvorsitzender HDI-Gerling
Lebensversicherung AG

„Wir freuen uns, dass ARBEITGEBER KÖLN nun zum dritten Mal in diesen Räumlichkeiten bei uns zu Gast ist. 100 Prozent Marktanteil hat man nicht immer. Und diesen Marktanteil wollte ich weiter sichern, deshalb habe ich ARBEITGEBER KÖLN eingeladen, im nächsten Jahr wieder unser Gast zu sein. Das wäre dann das letzte Mal hier in diesen Räumlichkeiten. Im Jahr 2009 können Sie ebenfalls gern unser Gast sein, dann auf der Deutzer Seite in unserem Neubau in den Rheinhallen. Es ist auch für uns ein Aufbruch, von dieser Rheinseite auf die andere zu wechseln, von Gerling zu Talanx.“

Innovation ist in unserer Industrie, der Versicherungsbranche, einer der Wachstumsmotoren. Wir sind immer innovativ bei unseren Angeboten.“



„Von innen gesehen ist die Europäische Union reich an Paragrafen, aber arm an Popularität. Von außen gesehen entfaltet die Europäische Union seit langem ein Bild des Wohlstands, der Freiheit und der Stabilität mit ungeheurer Attraktivität. Vor 50 Jahren hat die Einigung Europas mit sechs westeuropäischen Staaten begonnen. Heute sind wir 27. Damals waren es 180 Millionen Menschen, heute sind es fast eine halbe Milliarde – mehr als USA und Russland zusammen. Welch ein Potenzial steckt in der Europäischen Union, aber wir nutzen es nicht. Stattdessen baden wir lieber ständig in Bedenken. Das ist nicht ein Fehler Europas, sondern der Mitgliedstaaten der EU. Kein Staat wurde gezwungen. Alle sind freiwillig gekommen – auch die, die nachher so tun, als hätten sie sich einem allesverschlingenden bürokratischen Moloch ausgeliefert. Trotz aller Mängel und Fehler ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rechtsrahmens anstelle von jeweils 27 verschiedenen nationalen das größte Deregulierungskonzept der europäischen Wirtschaftsgeschichte.“

Die letzte der vier großen Erweiterungsschübe, der Beitritt von zwölf Staaten von 2004 bis 2007, war zweifellos der wichtigste und der schwierigste. Und dennoch ist er ein weiteres Stück der Erfolgsgeschichte von Europa geworden.

Jetzt wird im Westen über Wettbewerbsverzerrung und Steuerdumping im Osten geklagt. Im Einzelnen zu Recht. Es darf nicht dahin kommen, dass wir die niedrigeren Steuern im Osten mit EU-Subventionen aus dem Westen finanzieren.

Vor zwanzig Jahren hatten wir Angst vor den Raketen aus dem Osten, heute haben wir Angst vor dem Klempner oder Fliesenleger aus dem Osten. Wie klein sind doch die Bedrohungen in Europa geworden. Zum ersten Mal seit fast 1000 Jahren ist Europa in einer politischen Organisation vereint.

Die Europäische Union ist an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angekommen. Sie braucht dringend eine Konsolidierungsphase. Künftig muss die Erhaltung und ihre Handlungsfähigkeit Vorrang vor Vergrößerung haben. Die EU muss aufhören, immer neue Beitrittsversprechungen in die Welt zu setzen. Je größer sie wird, desto mehr entfernt sie sich von ihren Bürgern. Nicht Erweiterung, sondern aktive Nachbarschaftspolitik nach Osten und nach Süden ist die Zukunft. Die größer gewordene Union braucht eine neue, festere Grundlage.

Europa der 27 – Stillstand oder neuer Aufbruch?

27 Staaten heißt 27 Kommissare in Brüssel. Für so viele gibt es in Brüssel vielleicht genügend Frühstück, aber nicht genug Arbeit. Anstelle der gescheiterten EU-Verfassung kommt nun der Reformvertrag. Die Form ist verschieden, der Inhalt ist im Großen und Ganzen derselbe. Der Grund für diesen zweiten Anlauf ist: Man kann durch ein Referendum die Lösung für ein Problem wegstimmen, aber das Problem selbst kann man nicht wegstimmen, das bleibt. Volksabstimmungen, vor allem dann, wenn es um internationale Fragen geht, sind nicht das Hochamt der Demokratie.

Die Europäische Union ist keine Weltmacht, aber sie hat die Verantwortung einer Weltmacht. Wenn Europa nicht bereit und fähig ist, globale Verantwortung zu tragen, werden wir Frieden, Sicherheit, Stabilität und letztlich auch Freiheit und Demokratie nicht sichern können – nicht einmal in Europa selbst.

Die Welt erwartet immer noch viel von Europa. Aber sie wartet nicht auf Europa. Sorgen wir alle dafür, dass die Welt von Europa noch etwas erwarten kann.“

Prof. Dr. Klaus Hänsch,
MdEP, Präsident des
Europäischen Parlaments a.D.



Prof. Dr. Andreas Pinkwart,
Minister für Innovation, Wissenschaft, For-
schung und Technologie des Landes NRW
und stellvertretender Ministerpräsident

„Es ist die Innovationskraft eines Standortes, die im Zeitalter der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung über Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze und auch den sozialen Frieden entscheidet. Wir wollen, dass NRW Innovationsland Nummer 1 in Deutschland wird. Wer in der Liga der modernen Wissensgesellschaft ganz vorne dabei sein will, muss nicht nur über möglichst viel Wissen verfügen. Er muss auch in der Lage sein, neues Wissen hervorzubringen und es schnell in neue Lösungen für die Gesellschaft und marktfähige Innovation umzusetzen. Exzellente Wissenschaft und Forschung und intensiver Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind für einen ehrgeizigen Innovationsstandort der Schlüssel zum Erfolg. Wir können nicht auf allen Gebieten herausragend sein; aber wir müssen auf einigen echten Zukunftsfeldern und kommenden Leitmärkten den Durchbruch zur internationalen Spitze schaffen. Und dabei viel aufholen. In NRW haben wir mit der dichtesten Forschungslandschaft in ganz Europa und einer starken mittelständischen Unternehmerkultur eine hervorragende Basis. In der Vergangenheit ist NRW jedoch bei den zentralen Indikatoren für seine Innovationskraft immer weiter hinter den Bundesdurchschnitt und die starken Länder im Süden zurückgefallen. Der Trend stand gegen NRW.“

Und dass es für uns alle eine immense Kraftanstrengung bedeutet, einen so großen Tanker wie Nordrhein-Westfalen umzusteuern, brauche ich nicht zu betonen. Aber wir können es selbstbewusst angehen, denn wir sehen, dass sich etwas bewegen lässt. Wir haben schon sehr viel geschafft. Das neue Hochschulrecht in NRW macht die Hochschulen autonom. In unserem Land werden sie nicht mehr wie nachgeordnete Behör-



den geführt. Sie sind jetzt selbstständige und eigenverantwortliche Wissenschaftsakteure. Studienbeiträge verbessern das Studium in Nordrhein-Westfalen. Wir gewinnen neue Forschungseinrichtungen. Und zwar solche von internationalem Gewicht. Große

Zukunftsmotor „Innovation“ – die Perspektive für NRW

Unternehmen investieren wieder in FuE in Nordrhein-Westfalen, ob E.ON in Aachen, Evonik in Marl oder Honda in Bielefeld. Mich beeindruckt die Aufbruchstimmung, die ich überall antreffe. Mich begeistern die Menschen, die mir vermitteln, dass sie den Aufbruch mittragen, dass sie anpacken wollen, dass sie etwas bewegen wollen. Weil sie für ihre eigene Sache begeistert sind. Aber auch, weil sie das Land voranbringen wollen. Diesen Schwung zu nutzen, dazu sind wir fest entschlossen. Der Aufschwung ist eine Aufforderung an alle, dranzubleiben und den Reformkurs fortzusetzen. Ich setze dabei auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank.“

Dr. Marion Gierden-Jülich,
Staatssekretärin im Ministerium für Gene-
rationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

„Die absehbare demografische Entwicklung ist in der Tat ohne historisches Beispiel. Das lange gewohnte Bild von weniger Alten und vielen Jungen kennzeichnet einen Aufbau des Generationengefüges, den es langfristig so nicht mehr geben wird: Weniger junge Menschen werden deutlich mehr älteren Menschen als bisher begegnen. Das gilt für alle Lebensbereiche. Weniger erwerbstätige



Herausforderungen an Unternehmen und Arbeitnehmer durch die demografische Entwicklung in Deutschland

Menschen werden mehr Nichterwerbstätige finanzieren und den gesellschaftlichen Wohlstand erwirtschaften müssen.

Familienpolitik, insbesondere Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind mit diesen Themen eng verknüpft. Letztlich steht die Frage im Zentrum, ob und wie weit die demografische Entwicklung die Substanz unserer Leistungsfähigkeit, unseres Wohlstandes, unserer Lebensqualität treffen wird. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung und gesunde Unternehmen sind hier außerordentlich wichtig. Die Politik allein kann das nicht schaffen. Sie braucht den Partner Wirtschaft.

Es ist für mich aber auch keine Frage, dass wir in einer hoch entwickelten, reichen Gesellschaft alle Chancen haben, uns an diesen Wandel konstruktiv anpassen zu können und in dieser Anpassung neue – gerade auch ökonomische – Möglichkeiten entdecken und nutzen.

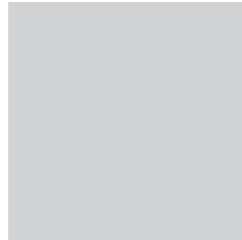
Wenn wir nicht nur älter und bunter, sondern auch weniger werden, dann müssen Politik und Wirtschaft gemeinsam die Potenziale dieser schrumpfenden und zunehmend multi-ethnisch werdenden Gesellschaft besser ausschöpfen. Ob es uns gelingt, diese Herausforderung zu meistern, hängt meiner Überzeugung nach von fünf Punkten ab:

- Bildung von Anfang an ermöglichen;
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker einbeziehen;
- Potenziale der Älteren wahrnehmen und aktivieren;
- Qualifikation und Motivation von Frauen besser nutzen;
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.“

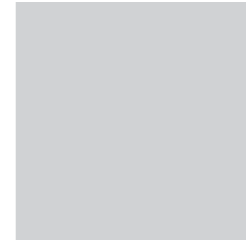
Dr. Hans Löffler,
Vorstandsvorsitzender HDI-Gerling
Lebensversicherung AG



Peter Hausmann,
Landesbezirksleiter NRW der IG BCE/
Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie



Rainer Ludwig,
Geschäftsführer der
Ford-Werke GmbH



Prof. Dr. Michael Hüther,
Direktor und Mitglied des Präsidiums des
Instituts der deutschen Wirtschaft Köln



„Im Jahr 1972 begann ich, mein Studium selbst zu finanzieren, und dies habe ich getan durch den Verkauf von Versicherungen. Dabei ist mir der demografische Faktor erstmals bewusst geworden. „Die Rente ist sicher“ ist eine Lebenslüge unserer Gesellschaft. Die Konsequenzen zieht man jetzt langsam.“

Die Attraktivität des Arbeitsplatzes wird in Zukunft eine größere Rolle spielen, denn der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte ist schon in vollem Gange.“

„Wir diskutieren im Moment zu einseitig auf das Rentenalter mit 67. Wir müssen genauer auf die Beschäftigungsgruppen schauen und brauchen dann auch Lösungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen. Wir haben in der Chemischen Industrie 30 Prozent Schichtarbeiter beschäftigt, da können wir nicht einfach das Renteneinstiegsalter, was heute immer noch unter 60 liegt, auf 67 hochschieben. Flexibilität ist das Stichwort.“

Wir müssen die Köpfe öffnen in den Unternehmen und bei den Arbeitnehmern. In der Tarifrunde 2008 wird die Frage Demografie und Differenzierung der Arbeitszeiten in Richtung Ausstieg eine ganz wesentliche Rolle spielen. Es geht darum, differenzierte Angebote und Bausteine für die Arbeitnehmer zu nutzen und zu entwickeln.“

„Wir sind anerkanntermaßen bereits seit vielen Jahren sehr aktiv im Bereich Gesundheitsmanagement. Auch die Arbeitsplätze in unserer Produktion werden frühzeitig nach optimalen ergonomischen Standards geplant. Ich kann mir deshalb vorstellen, dass ein Großteil unserer Beschäftigten zukünftig länger arbeitet.“

Trotz dieser Maßnahmen und trotz intensiver Programme für die Weiterqualifizierung unserer aktiven Mitarbeiter brauchen wir aber auch in der Zukunft Lösungen für Mitarbeiter, die nur eingeschränkt einsetzbar sind und nicht bis 67 arbeiten können. Diese Lösungen können wir als Unternehmen nicht allein stemmen, hier ist auch die Politik gefordert.“

„Als Volkswirt habe ich schon in den achtziger Jahren vom demografischen Wandel gehört, die Trends waren klar erkennbar. Die Alterung der Gesellschaft wirkt heute. Wir müssen heute altersgemischte Teams bilden und auch über Gesundheitsmanagement nachdenken.“

Die Beschäftigung von Arbeitnehmern über 55 steigt seit dem Jahr 2003 in Deutschland. Wir müssen aber jetzt aufpassen, dass wir nicht in einer Situation, in der wir gerade die Orientierung zu ändern beginnen, schon anfangen, über Randprobleme nachzudenken. Wir verstellen vom Rand her den Blick auf das Kernproblem, die Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren, das muss richtig justiert werden.“

Die Interessenlage in den Schulen hin zu Naturwissenschaften ist größer als die letztendliche Entscheidung, dies zu studieren. Wir schöpfen die Potenziale eines Jahrgangs nicht aus. Aber es ist klar, wir können Lücken in der Gesellschaft nicht durch Zuwanderer schließen.“

Wenn Sie über 20 Jahre den Vorruhestand als Instrument zur Flexibilisierung des Arbeitsvolumens nutzen konnten, müssen Sie sich nicht wundern, dass es etwas dauert, dies gedanklich und in der betrieblichen Praxis zu ändern.“

**Dr. Frank Schirmacher,
Herausgeber der FAZ und Publizist**

„Eine Sache in der Welt war immer gleich, und das bis in die 80-iger Jahre des 20. Jahrhunderts: Jede Gesellschaft war eine, in der die Mehrheit der in ihr lebenden Menschen jung gewesen ist. Über Jahrhunderte waren 70 Prozent der lebenden Menschen jünger als 30 Jahre, und bis in die 80-iger Jahre des letzten Jahrhunderts waren es 50 Prozent. Das bedeutet sehr viel, denn junge Gesellschaften sind die einzigen, die wir überhaupt kennen.“

Junge Gesellschaften sind vergleichbar mit den Warenlagern von Supermärkten. Das heißt permanent frische Ware und eine unglaublich dynamische Umschlaggeschwindigkeit, die Ware bleibt nicht lange in den Warenlagern.

Es gab nach dem Zweiten Weltkrieg nur zwei Jahre, in denen die Demografie etwas implodierte. Schon 1949/50 war die Gruppe der Kinder so groß wie die der Eltern. Wir werden die erste Gesellschaft sein, in der mehr ältere als junge Menschen leben. Wir altern nicht nur, sondern haben auch weniger junge Menschen. Aber unter allen Ballungsstädten hat Köln die besten Prognosen.

Es gibt eine Angst der attraktiven Städte vor der Zuwanderung Älterer, die – anders als die heutigen Älteren – nicht altersversorgt sind, sondern potenziell Hartz-IV-Empfänger werden.

Deutschland wird nach Japan das Land mit den ältesten Einwohnern werden. Damit stehen wir aber nicht allein da. Dann kommen Österreich und Italien. Die Veränderung der Märkte und der Gesellschaft beginnt aber schon früher. 2020 wird China so viele über 60-Jährige in seinem Land haben, wie es heute über 60-Jährige auf der ganzen Welt gibt.

Wir brauchen nicht nur ein Kindererziehungsjahr, sondern auch ein Pflegejahr für diejenigen, die ihre Eltern pflegen wollen.

Wenn es uns nicht gelingt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, kann im nächsten Jahrzehnt die Wirtschaft nicht mehr funktionieren. Es muss gelingen, die jungen, gut ausgebildeten Frauen in die Arbeitswelt zu integrieren.

Alternde Gesellschaften verändern massiv die Geschwindigkeit.

Wir haben jetzt bald die zweite Generation der Einzelkinder. Das heißt, die haben keinen Onkel mehr, keine Tante, keine Cousins, die sind allein. Und es gibt einen massiven Unterschied zwischen Verwandten und Freunden. Die Wahrscheinlichkeit, dass einem Verwandte helfen, ist relativ hoch. Und diese zweite Generation wird Hilfe brauchen. Denn die haben nur noch einseitige, ältere Verwandtschaft, Eltern,



aber vielfach auch Großeltern, die sie unter Umständen pflegen müssen. Diese Einzelkinder suchen nach neuen Werten, auch bei ihren Arbeitgebern – Familiensatzwerte wie Loyalität. Das ist eine Chance für Unternehmen, die nicht so anonym sind.

Die Aussagen des Max-Planck-Instituts für Demografie lauten: Wir leben alle immer länger. Ein im Jahr 2000 geborenes Mädchen hat eine über 70-prozentige Chance, über 100 Jahre alt zu werden, und ein Junge wird 95. So muss man auch mental ganz anders kalkulieren.



Das Methusalem Komplott – Was aus uns allen werden wird

Die demografische Veränderung revolutioniert Deutschland

Die Phase des gesunden Alters hat sich nach hinten verschoben. Ein in Deutschland heute lebender 70-jähriger Mensch ist ungefähr auf dem biologischen, medizinischen und geistigen Stand eines 49-jährigen von 1960.

Einer der Grundirrtümer ist der vom älter und schlechter Werden des Gehirns. Aber das menschliche Gehirn ist eine Art Muskel und kann sich tatsächlich bis ins höchste Alter verjüngen, beispielsweise durch ein einfaches Trainingsprogramm.

Bismarck hat eine Rente festgelegt mit 65, als nur drei Prozent der Deutschen so alt wurden, und die dann überhaupt nur noch sieben Monate lebten. Die Lebenserwartung der Bismarckzeit lag bei 48 Jahren. So wie die Gesellschaft mal die Jugend entdeckt hat, entdeckt man jetzt das Alter.“





..... Partner des Kölner Arbeitbertages



..... Hauptsponsor



..... Unterstützer



..... Dank für die Unterstützung



AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse.

ARBEITGEBER KÖLN e.V.
Herwarthstraße 18 – 20
Telefon: 0221 . 5 79 04-11 Fax: 5 79 04-22

Arbeitgeberverband Chemie Rheinland e.V.
Telefon: 0221 . 92 13 09-0

Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Köln e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Arbeitgeberverband der Papier, Pappe und Kunststoffe
verarbeitenden Industrie Köln e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Rhein-Wupper e.V.
Telefon: 02171 . 73 92-0

Arbeitgeberverband der Zuckerindustrie
Nordrhein-Westfalens e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Arbeitgeberverband Bonn und Rhein-Sieg-Kreis e.V.
Telefon: 0228 . 20 18 20

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Geschäftsstelle Köln
Telefon.: 0221 . 2 57 01 51

Einzelhandels- und Dienstleistungsverband
Bezirk Köln e.V.
Telefon: 0221 . 2 08 04-0

Kreishandwerkerschaft Köln
Telefon: 0221 . 2 07 04-0

Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V.
Telefon: 0221 . 99 77-110